

Aktuelle Beiträge zum Programm der „Linken“

Helga Grebing

Vorwärts zurück ins 20. Jahrhundert

Mit dem 1. Entwurf für ein Programm ist die Partei DIE LINKE in der Mitte des 20. Jahrhunderts, wohl bemerkt: des 20. Jahrhunderts angekommen. Natürlich beschwört sie Werte wie Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität, Demokratie, Frieden, Bewahrung der Natur, Emanzipation immer wieder auf den 1963 Zeilen oder 42 Seiten. Aber das tun andere Parteien und teilweise sogar die CDU/CSU auch. Denn es sind Werte, die sich aus der europäischen Geschichte seit der Aufklärung begründen lassen. Und wer außer den Rechtsradikalen will schon dahinter zurückfallen. So kommt es eben darauf an, mit welchen Inhalten die Wertvorstellungen gefüllt werden.

Dazu gebraucht DIE LINKE massenhaft durch Tradition aufgeladene Anleihen bei den klassischen Arbeiterbewegungen in Europa, die heute noch sozialdemokratisch bzw. sozialistisch heißen. Sogar aus der kommunistischen Arbeiterbewegung vermag der Entwurf Honig zu saugen, indem diese entweder weiß gewaschen oder von historisch so fatal gescheiterten Elementen kategorisch befreit wird. Die historischen Helden heißen dann auch, nicht verwunderlich, Karl Marx und Friedrich Engels,

Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht; sogar Willy Brandt wird die Ehre zuteil, in der Ahnenreihe aufgeführt zu werden.

Jedoch unterlaufen der Linken bei der Aufzählung des von ihr reklamierten historischen Erbes zahlreiche gravierende Fehlbeurteilungen, ohne die die Reihung keinen linksparteilichen Schliff bekommen hätte. Da wird behauptet, dass die SPD-Führung 1914 eine „Politik der nationalistischen Abgrenzung“ befürwortet hätte, aber nicht gesagt, dass sich für eine solche Politik zum Entsetzen von Rosa Luxemburg alle europäischen Parteien der Zweiten Internationale entschieden haben. Die Behauptung, dass die Revolution 1918/19 „mit Hilfe der sozialdemokratischen Führung niedergeschlagen“ wurde, ist in dieser zugespitzten Form falsch und unterschlägt die strategisch defizitäre Rolle der von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht angeführten linksradikalen Minderheit in der Revolution. Es stimmt zwar, dass die Spaltung der Arbeiterbewegung den gemeinsamen Widerstand gegen die Machtübernahme der NSDAP verhindert hat, aber es wird verschwiegen, dass dies vor allem

daran gelegen hat, dass die von Moskau abhängige KPD die SPD und nicht etwa die NSDAP als ihren Hauptfeind betrachtete.

Es ist zutreffend, dass nach dem Zusammenbruch der NS-Diktatur (nicht einfach nur wie im Entwurf „nach dem Krieg“) nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa „sozialistische Neuordnungsbestrebungen“ „erfolglos“ blieben und die KPD „schwach“ war wie die sozialistische Linke nicht minder, aber warum dies so war, wird nicht gesagt. Das lag nicht nur an Repression und Verbot, sondern auch daran, dass die verheerende Entwicklung des Sozialismus-Projektes in der SU und dann auch in der DDR eine bis heute nachwirkende abschreckende Wirkung hatte und es der SPD und den Gewerkschaften außerdem gelang, einen großen Teil der Linken links von ihr zu integrieren. Dass die SPD „ab 1959“, also mit dem Godesberger Programm, „Zug um Zug ihre Vorstellungen einer über den Kapitalismus hinausweisenden Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ aufgegeben habe, ist eine aus SED- bzw. DDR-Zeiten sehr wohl bekannte ignorante Fälschung der historischen Vorgänge und der sozialdemokratischen Programm-Debatten und -Inhalte: Bis heute hat die SPD nichts aufgegeben, allerdings zeitbedingt modifiziert.

Der „Sozialismusversuch“ in der SU und der DDR wird scharf kritisiert in einer Weise, die man sich viel früher gewünscht hätte: Es wird vom „unwiderwärtlichen Bruch mit dem Stalinismus“ gesprochen und davon, dass Sozialismus und Demokratie „untrennbar“ sind, was eine Einsicht ist, die in der sozialdemo-

kratischen Arbeiterbewegung spätestens seit dem Ende der 1930er Jahre tiefste Überzeugung geworden war. Aber die Distanzierung vom Stalinismus bleibt verkürzt, wenn und weil er nur als Herrschaftssystem in den Blick genommen und nicht begriffen wird als ein in dieser Konsequenz einmaliger historischer Bruch mit den Ursprüngen der sozialen Befreiungsbewegung des Proletariats im 19. Jahrhundert. Daraus folgt, dass jeder Sozialismus sich neu begründen muss – der europäischen Sozialdemokratie gelang dies bereits in den 1920er Jahren, so dass das „lange“ 20. Jahrhundert auch ein sozialdemokratisches genannt werden konnte.

Es ist im Kontext des Versuchs, historisch falsche Orientierungen abzulegen, die Rede vom „Zusammenschluss“ von SPD und KPD im Jahre 1946; dabei wird sogar zugegeben, dass dieser „unter Druck“ erfolgte, und auch eingeräumt, dass „viele“ Sozialdemokraten verfolgt wurden. Aber die „große Mehrheit“ der KPD und „zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der SPD“ hätten „die Vereinigung“ unterstützt, was den Prozess der Zwangsvereinigung dann doch wieder verharmlost.

Angesichts der Feststellung, dass der DDR-Sozialismusversuch aus Mangel an Demokratie scheiterte, ja scheitern musste, bleibt ungesagt, „welche „Errungenschaften“ und „Erfahrungen“ der „Ostdeutschen“ nach der deutschen Vereinigung hätten genutzt werden können. Betont wird das hohe Maß der sozialen Gleichheit in der DDR, aber verschwiegen wird, dass es diese nur um den Preis der permanenten ökonomischen Instabilität gegeben hat.

Auffallend ist, dass in dem ganzen Programm-Entwurf mit kaum einem Wort auf den Wandel der Arbeiterklasse seit dem Ende der 1950er Jahre eingegangen wird, der zu einer Vielzahl von sozial offenen pluralistischen Segmenten auf dem durchaus noch klassenstrukturell gekennzeichneten gesellschaftlichen Hintergrund geführt hat. Dieser analytische Mangel determiniert dann die Bemühungen zu erklären, wie denn nach dem Scheitern des „ersten großen Versuchs im 20. Jahrhundert, eine nicht-kapitalistische Gesellschaft“ aufzubauen wäre. Man findet lauter plakative, sattsam weltbekannte Losungen: So z.B.: „Wir wollen eine Gesellschaft des demokratischen Sozialismus aufbauen, in der die Freiheit und Gleichheit jeder und jedes Einzelnen zur Bedingung der solidarischen Entwicklung Aller wird“ (Zeile 55). Oder (Zeile 742): „Demokratischer Sozialismus orientiert sich an den Werten der Freiheit, Gleichheit, Solidarität, an Frieden und sozialökologischer Nachhaltigkeit. Diese bestimmen auch die Mittel auf dem Weg zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft.“

Die Frage nach dem Bild des Menschen, der diesen Weg gehen soll, wird nicht gestellt. Will der Mensch denn all das und so, wie es sich seine ‚Beglückter‘ vorstellen? Will er so leben, wie der ‚reine‘ Kommunismus des 19. Jahrhunderts es ihm verhieß? Das 20. Jahrhundert belehrte alle Welt- und Menschen-Verbesserer, dass das permanent Gute im Menschen nicht so einfach und schon gar nicht auf Dauer herzustellen ist und wir mit erratisch wirkenden Ambivalenzen rechnen müssen – beim einzelnen Menschen und bei der Gattung Mensch.

So bleiben denn die Aussagen darüber, wie man das, was man will, zu erreichen glaubt, letztlich unbeholfen: wie man „Systemwechsel“, „Richtungswechsel“ erreichen und die gesellschaftliche Hegemonie des Kapitals durch „die Vorherrschaft demokratischer Kräfte“ überwinden will, damit eine „bessere Welt“ entsteht, eine „Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung“, eben eine „Gesellschaft der Freien und Gleichen“. Nichts gegen einen utopischen Überschuss, der zur Tat beflügelt, aber man möchte doch bei solchen transformatorischen Zielen gerne wissen, wie es gehen soll.

Man „kämpft“ für den „demokratischen Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ (Zeile 753), seine Verwirklichung wird jedoch in einem „längeren emanzipatorischen Prozess“ ablaufen (Zeile 75). Deshalb will man, muss man, fordert man, erstrebt man, ringt man, ermutigt man, verlangt man. Dazu braucht man ein „breites gesellschaftliches Bündnis“, starke aktive kämpferische Gewerkschaften, die bis zum politischen Streik, ja Generalstreik zu gehen bereit sind, und „andere linke Kräfte“. Eine Regierungsbeteiligung ist nur dann vorgesehen, „wenn wir hierdurch eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen erreichen können“ (Zeile 1887ff.)

Das ist ja nun alles – und nicht zum ersten Mal – leicht gesagt und schwer getan, und es wird immer schwerer, wenn man es auf der Grundlage der Erfahrungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts tun will. Aber diese Erfahrungen nimmt der Programmentwurf ja gar nicht erst zu Kenntnis.